

07.02.2020

Aktuelle Stunde

auf Antrag der Fraktion SPD

Klare Kante gegen rechts - Nicht durch die Hintertür mit politischen Extremisten taktieren!

Am 5. Februar ist es geschehen. Das, was CDU und FDP vorher ausdrücklich ausgeschlossen hatten: In Thüringen wurde mit Hilfe der AfD, deren Fraktionsvorsitzender sogar aufgrund gerichtlicher Entscheidung als Faschist bezeichnet werden darf, ein Ministerpräsident gewählt. Wirklich überrascht sah der frisch gewählte FDP-Ministerpräsident nicht aus. Das konnte er auch nicht sein.

Denn die CDU-Bundesvorsitzende Annegret Kramp-Karrenbauer hat in einem Interview im heute-journal am Abend des 5. Februars selbst eingeräumt:

„Ich habe darauf hingewiesen, dass es die Gefahr gibt, dass die AfD dieses Spiel spielen wird, das sie gespielt hat. Ich habe auch in Kontakt gestanden mit Christian Lindner und habe ihn gebeten, dafür zu sorgen, dass die FDP keinen eigenen Kandidaten aufstellt. (...) Es war aus meiner Sicht erkennbar, dass die Gefahr der AfD-Volte besteht. Das hat sich heute Abend beschäbigt, äh bestätigt. Und das ist ein Schaden für Thüringen und weit über Thüringen hinaus.“

Und auch der Bundesvorsitzende der FDP Christian Lindner, der den Koalitionsvertrag in Nordrhein-Westfalen für seine Partei und Fraktion unterschrieben hat, hat öffentlich eingeräumt, dass Herr Kemmerich mit ihm vor der Wahl über dieses Szenario gesprochen hat, auch wenn der weitere Inhalt dieser Gespräche im Streit steht. Die Journalistin Dagmar Rosenfeld hat dieses Vorgehen des Bundesvorsitzenden der FDP in der Sendung Maybrit Illner im ZDF am 6. Februar so kommentiert: „Man sollte Politik den Profis überlassen!“

Die AfD hat erklärt, dass der Ausgang dieser Ministerpräsidentenwahl von ihr so vorbereitet und gewünscht gewesen sei. Zwischenzeitlich ist sogar ein Schreiben aus November vergangenen Jahres des AfD-Fraktionsvorsitzenden in Thüringen Björn Höcke an die Fraktionen von CDU und FDP in Thüringen veröffentlicht worden, in dem er genau dieses Vorgehen vorschlägt.

Datum des Originals: 07.02.2020/Ausgegeben: 10.02.2020

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Weiter hat der Landesvorsitzende der AfD in Nordrhein-Westfalen in der Rheinischen Post vom 20. Januar diesen Jahres angekündigt, bei der im September diesen Jahres anstehenden Kommunalwahl in Nordrhein-Westfalen aus denselben Gründen Kandidatinnen und Kandidaten der CDU in etwaigen Stichwahlen zu unterstützen.

Damit ist klar, dass diese Entscheidung auch große Bedeutung für Nordrhein-Westfalen hat. So erklärte auch prompt der Fraktionsvorsitzende der AfD im Landtag von Nordrhein-Westfalen Markus Wagner in einer Presseerklärung vom 5. Februar u. a.: „Mit ihrem, für viele ziemlich überraschenden, Schachzug haben AfD, FDP und CDU dafür gesorgt, dass der Wille der Mehrheit doch umgesetzt wird.“ Bereits im November vergangenen Jahres hat der AfD-Fraktionsvorsitzende im Landtag CDU und FDP eine Zusammenarbeit angeboten, wenn diese nach der nächsten Landtagswahl ihre Mehrheit verlieren würden. Schon jetzt würde die AfD rund 40 Prozent der Koalitionsanträgen zustimmen. In Wahrheit ist es sogar so, dass die Fraktion der AfD nur in wenigen Fällen gegen Vorschläge von CDU und FDP gestimmt hat. Den Innenminister Herbert Reul bezeichnet der Fraktionsvorsitzende der AfD immer betont als „unseren Minister“. Das ist offensichtlich sehr ernst gemeint.

Alle Fraktionsvorsitzenden der demokratischen Fraktionen, der Ministerpräsident und der stellvertretende Ministerpräsident haben sich sofort zu der aktuellen politischen Lage in Thüringen und deren Auswirkungen auf Nordrhein-Westfalen geäußert. Dabei war Konsens, dass es auf keiner Ebene eine Zusammenarbeit oder Tolerierung durch die AfD geben dürfe. Der stellvertretende Ministerpräsident Dr. Joachim Stamp forderte sogar in aller Klarheit – und damit ganz anders als der anfangs zögerlich taktierende Bundesvorsitzende seiner Partei Christian Lindner – den sofortigen Rücktritt des soeben gewählten Ministerpräsidenten Kemmerich. Dieses Bild wurde aber auch nicht von allen Mitgliedern des Landtags geteilt. So hat der Vorsitzende des Innenausschusses und zugleich stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU Daniel Sieveke am 5. Februar u. a. auf Twitter erklärt, dass Thüringen jetzt eine „Chance auf eine Politik der Mitte“ habe. Die Abgeordnete der FDP-Fraktion Susanne Schneider wünschte ebenfalls fast zeitgleich auf Twitter Herrn Kemmerich für seine neue Aufgabe sogar u. a. „Viel Erfolg, Glück und Gottes Segen“.

Auch wenn der Ministerpräsident von Thüringen bereits einen Tag nach seiner Wahl seinen Rücktritt zu einem bislang unbekanntem Zeitpunkt und einen Antrag seiner Fraktion zur Auflösung des Landtags angekündigt hat, ist der Schaden für die gesamte Demokratie bereits eingetreten. Der Vertrauensverlust in die Politik und die politischen Institutionen ist immens. Diesen Eindruck teilt auch die Bundeskanzlerin, die den gesamten Vorgang in ihrer Stellungnahme als „unverzeihlich“ bezeichnete. Diese Wortwahl zeigt die politische Bedeutung der Ereignisse.

Der Landtag Nordrhein-Westfalen muss sich daher dringend im Rahmen einer Aktuellen Stunde mit dem Ausgang dieser Wahl und den Auswirkungen auf Nordrhein-Westfalen beschäftigen.

Thomas Kutschaty
Sarah Philipp
Sven Wolf
Lisa Kapteinat

und Fraktion